

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

April  
2014

## EDITORIAL



von Tilo Kießling

## Der erste Blick ...

... auf unsere Zeitung ist mir immer dann vergönnt, wenn ich dieses Editorial schreiben muss. Im Entwurf kann ich sie auf dem Computer sehen, fast fertig. Die Vorstellungen der einzelnen Stadtvorstandsmitglieder, die Terminseite, die Hinweise auf kommende Veranstaltungen und Herausforderungen im Zeitungsteil, der dem Stadtverband vorbehalten ist, aber auch die Themen, die von den Mitgliedern der Stadtratsfraktion gewählt wurden, um aus der Alltagsarbeit im Rathaus zu berichten. Der laute Knall rund um die Rathausanzenierung gehört ohne Zweifel ganz nach vorn, was sich dort abspielt ist bemerkenswert. Dieser erste Blick dient der inhaltlichen Orientierung und einer schnellen Fehlerkontrolle.

Beim zweiten Blick, wenn die Zeitung dann gedruckt ist, ist oft noch einmal aufschlussreicher, dann kann ich mir die Zeit nehmen einzelne Artikel genauer zu lesen. Den mit der Hilfe für die Jugendhilfe zum Beispiel oder die beiden Berichte von der Frauendemonstration in Berlin, einer davon von Margot Gaitzsch und Gudrun Erfurt geschrieben, der andere von Boney M. auf der Jugendseite.

Manche unserer Zeitungen bekommen sogar noch einen dritten Blick ab, Jahre später, wenn die Auswirkungen der heute zu treffenden Entscheidungen dann sichtbar geworden sind und man sich dafür interessiert, ob wir sie denn halbwegs korrekt vorhergesehen haben. Vielleicht ist der Artikel von Robert Karas zur Abschaffung der Drei-Prozent-Hürde so ein Text, oder auch der von Hans-Jürgen Muskulus zum Bau der Erstaufnahmeunterkunft für Asylsuchende neben Abschiebeknast.

Auf jeden Fall lohnt es, unsere Zeitung zu lesen. Blick für Blick.

[www.tilo-kiesling.de](http://www.tilo-kiesling.de)

[tilo.kiesling@dielinke-dresden.de](mailto:tilo.kiesling@dielinke-dresden.de)

# Ein Mindestlohn wird kommen

von Annetrin Klepsch

**M**inijobs, Aufstocker, Altersarmut waren Schlagwörter in der Debatte um einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Was zunächst vor allem Thema der LINKEN war, die dafür lange belächelt wurden, fand über die SPD den Weg in die Große Koalition in Berlin und in ein Gesetzgebungsverfahren. Anfang April nun fand der Gesetzentwurf für den bundesweiten Mindestlohn den Weg in die Regierung, nunmehr gerupft und zu rechtgestutzt, damit er möglichst wenig weh tut, die bisher daran verdienten, dass sie keinen Mindestlohn zahlen müssen. Am Tag, als das Regierungskabinet die Vorlage zum Mindestlohn beschloss, streikten die Piloten der Lufthansa für 10 Prozent mehr Gehalt und wenige Stunden zuvor fand die Tarifeinigung für den öffentlichen Dienst statt.

Während die 8,50 Euro Mindestlohn von Wirtschafts- und Unternehmerverbänden aufs Heftigste bekämpft wurden, fanden die streikenden Piloten der Lufthansa offenbar nichts Seltsames daran, bei einem Einstiegsgehalt von 78.000 Euro einen Aufschlag von zehn Prozent zu verlangen und die Beibehaltung der bisherigen Übergangsvorsorge, die einen Frühruhestand ab dem Alter von 55 Jahren vorsah. Dass viele derjenigen, die dringend deinen Mindestlohn brauchen, um ihre Existenz bestreiten zu können, es sich finanziell gar nicht leisten könnten, mit 55 in Rente zu gehen, ist ein Nebenaspekt.

Jetzt ist der Mindestlohn auf den Weg gebracht, damit die Sozialdemokraten in der Großen Berliner Koalition ihr Gesicht wahren können und droht doch aufgrund der zahlreichen Ausnahmen und Zeitverzögerungen zu einem Mindestlöhnchen zu verkommen. Während die Frage, ob ein Mindestlohn für unter 18-Jährige der falsche Anreiz sein könnte, eine Ausbildung zu beginnen, eigentlich Grundlage einer Diskussion sein müsste, warum trotz zahlreicher offener Ausbildungsplätze viele Jugendliche keine Ausbildung beginnen können oder diese nicht beenden, ist die Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose nur noch zynisch. Ein Min-



destlohn, der für Langzeitarbeitslose erst nach einem halben Jahr gilt, wird gerade in Niedriglohnbereichen wie im Dienstleistungsgewerbe zu einem permanenten Austausch gering qualifizierter Arbeitskräfte führen, die dann erst gar nicht in die Situation kommen, Mindestlohn zu empfangen.

Trotz der Festlegung der Bundesregierung, dass Jugendliche ohne Ausbildung erst ab 18 Jahren einen Anspruch auf den Mindestlohn haben, gibt es Stimmen, die diese Altersgrenze auf 25 Jahre hinauf setzen wollen, anstatt über Anreize nachzudenken, dass jeder Jugendliche nach der Schule eine Ausbildung aufnimmt und diese auch abschließt.

Ungeklärt bei der geplanten Einführung des Mindestlohns ist weiterhin die Kontrolle. Doch die dafür zuständigen Zollämter können die Einhaltung der branchenbezogenen Mindestlöhne bereits jetzt nur unzureichend überwachen. Nicht umsonst fordert die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft deshalb bundesweit mindestens 2000 zusätzliche Stellen. Denn ein Mindestlohn auf dem Papier, der in der Fläche mangels Kontrolle nicht durchgesetzt werden kann, wäre ein politischer Scheinriese. Der Mindestlohn, wie er jetzt eingeführt werden soll, kann nur ein Anfang sein und bedarf der Kritik von links und durch DIE LINKE, weil er wesentliche Gruppen ausschließen soll. Die Einführung des Mindestlohnes muss jedoch genau so gegen die anhaltende Kritik von konservativer Seite und der Wirtschaftsverbände

verteidigt werden, damit der Niedriglohnbereich nicht zum dauerhaften Normalzustand wird. Dies fängt in der eigenen Stadt an. Die Einführung des Branchenmindestlohnes im Wach- und Sicherungsgewerbe führte im Jahr 2013 zu deutlichen Sachkostensteigerungen für die Kultureinrichtungen, vorrangig in den Museen. Der Reflex der Oberbürgermeisterin war, die Eintrittspreise für die städtischen Museen zu erhöhen anstatt deren zusätzlichen Aufwand aus der Stadtkasse auszugleichen, was damit zu einer erneuten Belastung von Geringverdienern führt. Doch Beschäftigte zahlen bekanntlich auch mehr Steuern, je höher das Einkommen ist.

Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes ist notwendig, sie ist ein Ergebnis jahrelanger Ringens unserer Partei um eine gerechte Entlohnung und ein Leben in Würde. Die Ausgestaltung jedoch muss qualifiziert werden, damit alle Geringverdiener davon profitieren. Das ist Aufgabe der LINKEN in den nächsten Jahren. Eine andere Welt ist möglich.



Annetrin Klepsch  
und Tilo Kießling sind  
Vorsitzende von  
DIE LINKE. Dresden

[annettrin.klepsch@dielinke-dresden.de](mailto:annettrin.klepsch@dielinke-dresden.de)  
[www.annettrin-klepsch.de](http://www.annettrin-klepsch.de)

Auf dem Stadtparteitag am 14. Dezember 2013 wählte DIE LINKE. Dresden ihren neuen Stadtvorstand. In den kommenden Ausgaben werden wir auf Seite 2 die neuen Mitglieder des Stadtvorstands in Kurzinterviews vorstellen.

# Cornelia Eichner

*Liebe Cornelia, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl in den Dresdner Stadtvorstand. Wie bist Du zur LINKEN gekommen?*

Dankeschön! Das ist eine sehr persönliche, komplexe, aber auch gesellschaftstypische Geschichte. Zum einen musste ich kämpfen, um die Bildungs- und Berufsabschlüsse zu erreichen, die ich wollte: Hauptberuflich verdiente ich meinen Lebensunterhalt, nebenbei

lernte und studierte ich. Als ich endlich beruflich angelangt war, wo ich hin wollte, wurde ich Mutter, verlor durch jedes Kind einen Job und verarmte völlig. Verzweifelt schrieb ich der damaligen Familienministerin – zur Antwort erhielt ich Restriktionen. Da sagte ich mir: So geht das nicht weiter. Und wenn sich etwas ändern soll, muss ich selbst auch aktiv werden, also trat ich am 1. Mai 2006 der LINKEN bei.

*Wo liegen Deine politischen Schwerpunkte, wie wirst Du Dich in die Vorstandsarbeit einbringen?*

Es ist mir Anliegen, dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft jene Bildung erfahren können, die ihnen entspricht. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen – so ist es peinlich, dass ein so großer Stadtteil wie Gorbitz kein Gymnasium hat. Es muss aber auch flankierende Maßnahmen geben, um Bildungsresignation in Bildungslust umzuwandeln sowie umfassende Chancen für zweite Bildungswege. Zu viele Menschen habe ich in meiner Zeit als Bildungsberaterin gesehen, die aus diversen Gründen aus dem Erwerbsleben „gepurzelt“ sind und nur schwer wieder Anschluss fanden. Außerdem kenne ich als staatlich anerkannte Erzieherin mit fast 25 Jahren Erfah-

rung im sozialen und kulturellen Bereich sowie als Dozentin in der Erzieher\_innen-Ausbildung die Zustände in Einrichtungen, weiß um Personalmangel (inkl. Folgen für Angestellte) und Finanzierungsnotstände. Hier möchte ich dazu beitragen, Wege zu finden, die gangbar sind.

Als Kulturschaffende möchte ich für Möglichkeiten und Nöte im Bereich Kultur sensibilisieren.

*Du hast gemeinsam mit Magnus Hecht die linken Kulturschaffenden aus der Taufe gehoben - Erzähl bitte zum Anliegen und zu Euren Aktivitäten - Was hat Kultur mit Politik zu tun?*

Nun, was ist Kultur? Nichts anderes als Ausdruck menschlichen Seins. Kein Mensch kann ohne Kultur leben, Menschsein bedeutet Kultur. In meinem Kulturverständnis folge ich Autoren wie Marx, Adorno, Lukacs. Kultur ist Ausdrucksmittel, Möglichkeit, der eigenen Ohnmacht zu entfliehen, Irritationsmittel, Veränderungspotential. Und so immer auch Politik. Es gilt, Menschen in ihrem Bestreben, kulturell aktiv zu sein, zu unterstützen, sich mit kulturellen Mitteln Gehör zu verschaffen, auch andere zu hören. Künstler\_innen aller Sparten, also aus bildender Kunst, Literatur, Musik, Theater etc. haben ein seismographisches Gespür für Knackpunkte, „heiße Themen“ einer Gesellschaft. Das sehen wir an Äußerungen wie „Kunst im öffentlichen Raum“ oder der Straßenmusikdebatte, aber auch in Streetdance-Projekten oder in der Freiraum-Diskussion. Künstler\_innen geben uns einen neuen Blick, die Möglichkeit eines Perspektivwechsels. Als Kulturschaffende Linke Bündeln wir diese Kräfte und

arbeiten gemeinsam an einer positiven Interaktion zwischen Kunst und Alltag.

*Du kandidierst zur Kommunalwahl auf dem 2. Platz im Wahlkreis 12 – u.a. in Gorbitz. Was siehst Du als vorrangig für den Dresdner Westen an?*

In den vergangenen Jahren war ich ständig im Gespräch mit den Menschen vor Ort, u.a. bei Straßenbefragungen zu Bildungserfahrungen und zu Bedürfnissen. Als Kernthemen haben sich herauskristallisiert: ein intensives Sicherheitsbedürfnis, das mehr meint als Freisein von kriminellen Delikten oder Hundekacke. Es bedeutet vor allem soziale Sicherheit, die Minimierung individueller Existenzängste, den Erhalt von Chancen gelingender biografischer Entwicklung. Sorge um eigene Kinder darf nicht überhand nehmen. Hier zeigt sich auch schon das zweite Thema: gleichwertige Chancen für Menschen unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie leben. Als drittes Thema sehe ich eine wohltemperierte Antwort auf die Aussage „Hier ist doch nix los!“

*Was machst Du neben Deiner Arbeit gern, welche Hobbys hast Du?*

An erster Stelle stehen meine Kinder, mit denen ich ein intensives und aktives Leben in Kultur und Natur führe. Elementar ist Literatur in meinem Leben – ich schreibe Texte, seit ich lesen kann, veröffentlicht werden sie (bei Lesungen, in Zeitungen und in eigenen Büchern) seit 1992, aktiv leite ich die Schreibwerkstatt Gorbitz. Wenn dann noch Zeit bleibt, verliere ich mich auch ganz gern mal im Spiel auf Akkordeon oder Klavier.



# Maurice Devantier

*Lieber Maurice, herzlichen Glückwunsch zu Deiner Wahl in den Dresdner Stadtvorstand! Du bist seit einigen Jahren im Dresdner Stadtverband aktiv: Erzähl' kurz über Deine bisherige Basisarbeit*

Ich bin über den Ortsbeirat Pieschen zur Linken gekommen. Vor 5 Jahren wurde ich da überraschend reingewählt. Nach einiger Zeit, gerade auch durch die Debatten im Ortsbeirat, habe ich gemerkt, wo wirklich meine politische Heimat ist und bin die Linkspartei eingetreten. Inzwischen bin ich auch Co-Vorsitzender im Ortsverband Pieschen und seit neuestem Mitglied im Stadtverband. Es geht also noch stetig bergauf...

*Wo liegen Deine politischen Schwerpunkte, wie wirst Du Dich in die Vorstandsarbeit einbringen?*

Meine Lieblingsthemen sind Stadtentwicklung und Bildungspolitik. Als Lehrer habe ich da gewisse Insiderkenntnisse. Auch für Architektur habe ich mich schon immer interessiert, daher finde ich es sehr spannend, alle neuen Bauvorhaben nur aus nächster Nähe kennen zu lernen. Der Vorstand macht allerdings eher organisatorische Arbeit zur Vorbereitung der Wahlen, Verteilung der Gelder und Personalpolitik. Als Neuling bin ich da eher noch in der Schülerrolle, aber hin und wieder versuche ich schon

einen kleinen Tipp zu geben, wie wir unsere Arbeit noch optimieren können.

*Du bist nicht nur im Ortsvorstand in Pieschen aktiv, sondern auch seit einigen Jahren Ortsbeirat. Was ist das spannende an dieser Stadtteilarbeit?*

Der Ortsbeirat ist schon ein kleiner Bundestag. Die verschiedenen Parteien sitzen sich gegenüber und versuchen Argumente für ihre Ideologien zu finden, selbst wenn es nur um den Bau einer Kreuzung oder eine Straßenbenennung geht. Insofern kommen da spannende Debatten zustande, wo man seine Argumentationsfähigkeit üben kann. Außerdem werden uns alle neuen Vorhaben der Stadt exklusiv vorgestellt und man ist immer im Bilde, was in seinem Viertel so vor sich geht.

Entscheiden dürfen wir leider dazu quasi nix, aber vielleicht wird ja nun mit der Änderung der Ortschaftsratsverfassung manches besser. Ansonsten versuche ich auf Missstände, wie fehlende Bänke, hinzuweisen und wenn nötig auch in die Zeitung zu bringen. Manchmal



kann ein kurzer Zeitungsartikel mehr bewirken als die besten Argumente.

*Bei der bevorstehenden Kommunalwahl trittst Du auf Platz 2 im Wahlkreis Pieschen an: Welche Themen stehen in Pieschen auf der Agenda und wie werdet Ihr*

*als Team den Wahlkampf gestalten?*

Zunächst sind auch in Pieschen die Themen wichtig, die die ganze Stadt betreffen: bezahlbares Wohnen, Erhalt der städtischen Krankenhäuser, gute Ausstattung mit Kindereinrichtungen. Als spezifische Pieschen Themen werben wir für den Erhalt der Hufwiesen, die Sanierung des Sachsenbades, sowie den Hochwasserschutz. Deshalb sind wir auch gegen den Bau der „Hafencity“. Stattdessen möchten wir die Freiräume an der Elbe für alle erhalten. Aber die Fähre in Pieschen möchten wir gern wieder in Betrieb sehen und auch der Elberadweg muss endlich fertig gebaut werden.

*Was machst Du neben Deiner Arbeit gern, welche Hobbys hast Du?*

Neben Arbeit und Politik bleibt gar nicht mehr so viel Zeit für Hobby. Aber schon Adorno sagte, wer ein ausgefülltes Leben hat, braucht keine Hobbys. Ich mache jedenfalls gerne Sport, vor allem Rennrad und gelegentlich Fußball, wenn sich denn mal genug Spieler zusammenfinden. Abends lese ich eigentlich fast immer noch ein paar Seiten und auch ins Theater und Programmkinos gehe ich gern, aber irgendwie dennoch so selten. Obwohl bei dem Wetter jetzt ist man natürlich am liebsten draußen an der Elbe... Die Fragen stellte Max Kretzschmar



# LINKE. Sachsen wählte die Landesliste zur Landtagswahl

Am 5. Und 6. April wurde auf der LandesvertreterInnenversammlung in der alten Wollkämmerei in Leipzig die 50 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur Landtagswahl am 31. August gewählt.

Zuvor hatte der Landesvorstand am 1. April aus einem Personalvorschlag mit 30 Kandidatinnen und Kandidaten, der vom Landes- und Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt und Landesgeschäftsführerin Antje Feiks eingebracht worden war, einen Personenpool für

die 20 vorderen Plätze ausgewählt. Der sogenannte Kleine Parteitag, der sich aus dem Landesvorstand, dem Landesrat und den Kreisvorsitzenden zusammensetzt, bestimmte am 3. April die Reihenfolge dieser 20er Liste. Nach diesem Wahlmarathon stand

schließlich am Sonntagnachmittag gegen 14 Uhr die Schlussabstimmung der 50er Liste in der Wollkämmerei auf dem Programm, die von 131 Vertreterinnen und Vertretern bestätigt wurde.

Infos zur Landesliste:  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

## Gewählte Kandidatinnen und Kandidaten aus unserem Stadtverband



Platz 2

Anekatriin Klepsch (35)  
(Theaterwissenschaftlerin)



Platz 14

André Schollbach (35)  
(Rechtsanwalt)



Platz 23

Sarah Buddeberg (31)  
(M.A. Theaterwissenschaft)



Platz 33

Dr. Kris Kaufmann (37)  
(Geographin)



Platz 41

Jayne-Ann Igel (59)  
(Schriftstellerin)

**Herzliche  
Glückwünsche  
zur Wahl und viel  
Erfolg!**

## Der Prozess beginnt: Solidarität mit Falk Neubert!

von Max Kretschmar

Am 19. Februar 2011 demonstrierte der Landtagsabgeordnete Falk Neubert (DIE LINKE) friedlich gegen einen geplanten Naziaufmarsch in Dresden. Jetzt wird ihm dafür der Prozess gemacht! Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft ihm „Störung von Versammlungen und Aufzügen“ vor.

Die Mühlen der Justiz mahlen im Fall Neubert bemerkenswert langsam. Über drei Jahre sind seit dem 19. Februar 2011 vergangen, ohne dass es zu einer gerichtlichen Verhandlung gegen ihn

gekommen oder das Verfahren eingestellt worden wäre. Neubert hatte damit bislang keine Möglichkeit, sich vor Gericht gegen den Vorwurf, er habe eine Straftat begangen, zu verteidigen.

Nun kommt es in der „Strafsache gegen Falk Neubert wegen Störung von Versammlungen und Aufzügen“ zum Prozess. Dazu sagt der Abgeordnete: „Ich bin entschlossen, vor Gericht ge-

gen die Kriminalisierung friedlicher Anti-Nazi-Proteste zu kämpfen.“

Die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Dresden, Roßbachstraße 6 in 01069 Dresden, findet am Mittwoch, dem 16. April 2014, um 10:00 Uhr im Saal N1.14 statt. Neubert wird von dem Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach verteidigt. Die Hauptverhandlung ist öffentlich.

**Kommt alle hin! Solidarität mit Falk Neubert!**

**Mittwoch, 16. April | 10 Uhr  
Amtsgericht Dresden**



Dresdner\_innen beim Frauen\*kampftag in Berlin

# Brot und Rosen statt Nelken

von Dr. Margot Gaitzsch und Martin Hilbig

„Wenn wir zusammen gehen, geht mit uns ein schöner Tag“.

Als die Anfangszeilen des Liedes Brot und Rosen kurz nach dem Textilarbeiterinnenstreik im amerikanischen Lawrence 1912 entstanden, gab es noch kein Frauenwahlrecht und Arbeiterinnen verdienten in der Regel nicht einmal die Hälfte ihrer männlichen Kollegen. Doch lieber kämpfend als arbeitend wollten die Frauen, viele von Ihnen Migrantinnen unter besonders prekären Verhältnissen, hungern und gingen für ihre Rechte auf die Straße. Ihnen war schon vor über 100 Jahren bewusst, dass der Kampf um höhere Löhne (Brot) vom Kampf um menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen (Rosen) nicht getrennt werden kann.

Auch heute noch verdienen Frauen durchschnittlich 22 Prozent weniger, sind in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert, vielfältigen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt und leisten den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit. Doch anstatt diesen Formen des Sexismus offensiv entgegenzutreten, werden diese gerade durch die traditionelle Begehung des Frauentags mit dem Verteilen von Nel-



ken zum Dank für die hingenommene Unterdrückung eher zementiert. Dagegen formierte sich am 8. März 2014 ein breites Bündnis aus Parteien, parteinahen Organisationen, Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Unter dem Motto „Heraus zum internationalen Frauen\*kampftag – Still lovin' feminism!“ gingen bei bestem Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen über 3.000 Menschen in Berlin auf die Straße. Das Sternchen soll andeuten, dass das Konzept der Zweigeschlechtlichkeit zwar kritisch hinterfragt werden muss, aber gesellschaftlich so

wirkmächtig ist, dass es aktuell nicht einfach ausgeblendet werden kann.

„Wenn wir zusammen geh'n, kämpfen wir auch für den Mann“

Die Route der Demo führte vom Gesundbrunnen bis hin zum Rosa-Luxemburg-Platz, wo eine Abschlusskundgebung mit anschließendem Konzert der Rapperin Sookee stattfand. So bunt wie das Teilnehmer\_innenfeld waren auch die thematischen Beiträge und Forderungen: die Eroberung angstfreier Räume für Frauen\*, die Kritik an den

Kategorien des biologischen und sozialen Geschlechts, gleiche Löhne, Forderungen der LGBTT-Bewegung wie das Recht auf Selbstbestimmung auf den eigenen Körper oder migrantinnen spezifische Problemstellungen waren nur einige Aspekte der Demonstration. Hierbei kam es auch zu Kontroversen unter den teilnehmenden Gruppen, etwa zwischen den Anhänger\_innen besserer Arbeitsbedingungen für Prostituierte und den Befürworter\_innen eines generellen Verbots der Prostitution. Erfreulicherweise waren Männer auf der Demo genauso stark vertreten wie Frauen. Offenbar begreifen viele, dass feministische Positionen nicht nur die Befreiung der Frau aus überkommenen Strukturen bezwecken, sondern damit auch der des Mannes aus eben diesen herrschaftlichen Strukturen. Auch lässt sich der Feminismus nicht von der grundsätzlichen Kritik am Kapitalismus trennen. Denn die Trennung des Lebens in bezahlte Lohnarbeit und unbezahlte Hausarbeit bildet letztendlich die Grundlage für die Trennung zwischen den Geschlechtern überhaupt. Und somit gilt die Parole von 1912 auch heute noch:

„Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen!“

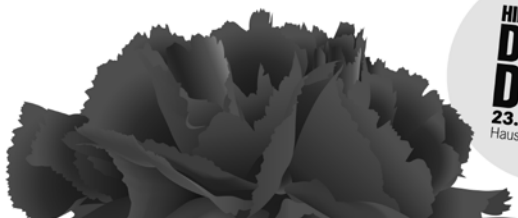
**DIE LINKE.**

**1. MAI  
PICK  
NICK**

mit Katja Kipping, unserer Europakandidatin Dr. Cornelia Ernst und den Dresdner Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl

**Alaunpark, 11 Uhr**

[www.dielinke-dresden.de](http://www.dielinke-dresden.de)



**HINTERGRÜNDE:  
DIETER  
DEHM**  
23. April 2014  
Haus der Begegnung

## Wir brauchen deine Hilfe am 1. Mai 2014!

Unsere Veranstaltung findet am 1. Mai ab 11.00 Uhr am Alaunpark Dresden mit einem Brunch statt. Selbstverständlich werden unsere KandidatInnen, die für den Stadtrat kandidieren dabei sein. Unsere Parteivorsitzende Katja Kipping und die Europaabgeordnete Cornelia Ernst werden wir begrüßen können.

Wichtig: Wir wollen eine riesige Hängematte knüpfen. Dazu benötigen wir möglichst große Stoffreste aller Farben: alte Kleidung, alte Bettwäsche, Handtücher usw. Bitte am 1. Mai mitbringen oder im Haus der Begegnung vorher abliefern!

Wenn es dir möglich ist, ab 10.00 Uhr beim Aufbau zu helfen und oder etwas Leckeres zum Essen und zum Trinken mitzubringen, wäre es schön. Bitte melde dich bei Uli Reinsch, wenn du dich hier unterstützend einbringen kannst.

Telefon: 0351/8583801

E-Mail: [ulrich.reinsch@dielinke-dresden.de](mailto:ulrich.reinsch@dielinke-dresden.de)

## Vorbereitung der Wahlen der Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte

In der konstituierenden Sitzung des Stadtrates am 04.09.2014 werden auch die Ortsbeiräte neu gewählt. Die Anzahl der VertreterInnen der einzelnen Parteien ergibt sich dabei aus den Wahlergebnissen innerhalb der zehn einzelnen Ortsamtsbereiche. Für dieses Ehrenamt sucht DIE LINKE. Dresden wieder Kandidatinnen und Kandidaten. Es werden nicht nur Mitglieder sondern auch genügend StellvertreterInnen gebraucht. Ausdrücklich werden alle bisherigen Ortsbeiräte der LINKEN gebeten, erneut in ihren Stadtteilparlamenten mitzuwirken und

ihre Bereitschaft gegenüber der Partei zu erklären. Für die Mitarbeit in einem Ortsbeirat ist der Wohnsitz im entsprechenden Ortsamtsbereich zwingend.

Die Ortsvorstände werden gebeten, in ihren Ortsverbänden in den kommenden Monaten Mitgliederversammlungen vorzubereiten und Interessenten für die ehrenamtliche Tätigkeit die Möglichkeit zu geben, sich vorzustellen.

Organisatorische Unterstützung gibt es durch Uli Reinsch im Haus der Begegnung.





Sanierung Neues Rathaus:

## Vorjohann im Blindflug

von Tilo Wirtz

Seit 2012 war die Baustelle des 1. Realisierungsabschnittes bei der Sanierung des Neuen Rathauses vor allem durch Forderungen nach mehr Geld aufgefallen. Bisher musste der Stadtrat zweimal mehr Geld bewilligen. Die Kosten für den Ostflügel mit Plenar- und Festsaal stiegen von ursprünglich 25 auf inzwischen 37 Millionen Euro. Als Begründung wurde teils berechtigt auf den unerwartet schlechten Zustand der Decken verwiesen. Allerdings hatte auch der Stadtrat – gegen die Stimmen der LINKEN – seine zwei Millionen beigetragen, weil er den Baubeschluss im Dezember 2010 mit zu vielen Änderungswünschen befrachtet hatte. Ein weiterer Posten bestand, nicht ungewöhnlich

unterstützt von einem auf Baurecht spezialisierten Rechtsanwalt, ging an die Öffentlichkeit und verbat sich, für die Mehrkosten verantwortlich gemacht zu werden, hätte er doch bereits in der Planungsphase darauf hingewiesen, dass die Vorstellungen des Rathauses, namentlich des Liegenschaftsamtes und des Hochbauamtes unter der Verantwortung des Bürgermeisters Hartmut Vorjohann (CDU), eher dem Wunschenken eines knausrigen Finanzbürgermeister denn einer belastbaren Kostenkalkulation entsprachen. Beratungsresistent hätten die Verantwortlichen des Hochbauamtes darauf bestanden, dass Mehrkosten an der einen Stelle durch Kostenminderung anderswo ausgeglichen werden. Nur wie sollen Kosten gespart

Neuen Rathaus vom Januar „vertraulich“ gestempelt worden ist, wenn die Kombattanten relativ tabulos ihren eskalierten Streit mit allen Einzelheiten der Baustelle nun über die Presse austragen, was eine mögliche einvernehmliche Lösung des Konfliktes erschweren dürfte.

### Baustelle im Selbstlauf – Hochbauamt-Vorjohann im Blindflug

Inzwischen scheint bei der Betrachtung des Kampfgeschehens etwas aus dem Blick zu geraten, dass das Rathaus noch nicht fertig ist und auf der Baustelle noch über ein Jahr irgendwie weiter gebaut werden muss. Seit 31. März koordiniert allerdings niemand mehr Gewerke, gibt Pläne frei, kontrolliert die Qualität der Bauleistungen, prüft Rechnungen und plant. Mit der Kündigung des Architekten und damit der Bauleitung wurde die Baustelle quasi enthauptet. Einen sofortigen Ersatz gab es nicht. Wird er jetzt gefunden, müsste er sich in eine ihm nicht vertraute Planung und Baustelle erst einmal einarbeiten. Selbst wenn es schwerwiegende Gründe und Mängel geben würde, die eine Unzufriedenheit mit den Architekten rechtfertigen würde, wäre die – noch dazu fristlose – Kündigung die „Ultima Ratio“. Denn selbst eine schlechte Bauleitung ist besser als gar keine. Außerdem verlassen mit dem Architekten auch Wissensträger die Baustelle, die die Tücken des Objektes kennen und ihre Erfahrungen gemacht haben. Vielleicht kommt es ja auch wie bei dem vorher schon gekündigten Elektro- und Lichtplaner. Angeblich arbeitet der inzwischen an seinen Plänen weiter, da sich einfach niemand gefunden wollte. So kann es auch hinsichtlich der Bauleitung kommen. Denn niemand ist scharf darauf, ein halbfertiges Projekt zu vollenden, bei dem ein immenser Kostendruck besteht, eine komplexe Baumaßnahme zu bewältigen ist, dem eigenen Honorar hinterhergerannt werden muss und überdies noch ein hohes Haftungsrisiko besteht. Das Schlaueste wäre, man vergisst die Kündigung und macht am besten gemeinsam weiter. Geschieht dies nicht, wird der Finanzdezernent wohl demnächst erklären müssen, warum es zu Terminverzügen und weiteren Mehrkosten kommt. Auf einen Architekten kann er es nicht mehr schieben, den hat er weggeschickt. Auch der Chef des Hochbauamtes eignet sich nicht zum Sündenbock, der hat nämlich im letzten Monat auf eigenen Wunsch das Hochbauamt verlassen und arbeitet jetzt in einem Planungsbüro.



Foto: Tilo Wirtz

für vergleichbare Bauvorhaben, in diversen unerwarteten Schäden. Doch auch Planungskosten sowie neue Wünsche der Verwaltung schlugen zu Buche.

### Rathaus hat Kosten unrealistisch kleingerechnet

Die beiden vom Stadtrat beschlossenen Geldspritzen waren jeweils an Auflagen gebunden. Die erste enthielt auf Vorschlag der LINKEN die Bedingung, dass das Rechnungsprüfungsamt die Baustelle unter die Lupe nimmt um eventuelle strukturelle Ursachen für die Kostensteigerungen zu finden. Beim zweiten Mal machte die CDU den Vorschlag, den Architekten unter Druck zu setzen und ihn in die Haftung zu nehmen. Hier spielte offensichtlich eher die Präsentation eines Schuldigen und weniger die sachliche Klärung von Ursachen eine Rolle. War bis dahin noch alles nach dem üblichen abgedroschenem Drehbuch für öffentliche Baustellen gelaufen (dauert länger, wird teurer), kam es im Spätherbst letzten Jahres nach dem Ansinnen der CDU, dem Architekten die Verantwortung für das Desaster zuzuschreiben zu einer eher unüblichen aber dramatischen Wendung. Der Architekt,

werden, wenn überall nur das allernotwendigste getan wird und an einigen Stellen zu wenig eingeplant worden ist?

### Stadtratsanfragen „vertraulich“ – Rathaus redet öffentlich über Baustelleninterna

Seit dem 31. März überschlagen sich nun die Ereignisse. Am Montag veröffentlichte die Stadt eine Pressemitteilung, wonach sie dem planenden und bauleitenden Architekten außerordentlich fristlos gekündigt habe. Dieser musste daraufhin sofort die Baustelle verlassen. Am Dienstag meldete sich dann der Architekt über seinen Rechtsanwalt mit einer geharnischten Presseerklärung zu Wort. Am Mittwoch giftete das Rathaus zurück und beschuldigte den Architekten, dass er seinerseits für Planungs- und Baumängel verantwortlich sei. Donnerstagsabend druckte die Sächsische Zeitung wiederum ein Interview mit dem Rechtsanwalt des Architekten, der die Vorwürfe des Rathauses zurückwies. Zum Redaktionsschluss dieses Artikels war jedenfalls ein Ende der Auseinandersetzung noch nicht absehbar. Dem Verfasser stellt sich hier nebenbei die Frage, warum eigentlich seine Anfrage zum

**Damit Wohnen bezahlbar bleibt.**

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

## Bürgerbegehren für kommunale Wohnungen in Dresden

Unterschriftenlisten zum Bürgerbegehren gibt es an folgenden Orten:

**Fraktionsbüro**  
**DIE LINKE im Stadtrat**  
**Rathaus, 1. Etg.,**  
**Zimmer 176**  
**Dr.-Külz-Ring 19**  
**01067 Dresden**

**Abgeordnetenbüro Wir AG**  
**Martin-Luther-Straße 21**  
**01097 Dresden**

**Wahlkreisbüro**  
**Schweriner Straße 50a**  
**01067 Dresden**

**Wahlkreisbüro Roter Renner**  
**Rudolf-Renner-Straße 49**  
**01159 Dresden**

**Haus der Begegnung**  
**Großenhainer Straße 93**  
**01127 Dresden**

Informationen zum Bürgerbegehren im Internet:  
[www.wohn-begehren.de](http://www.wohn-begehren.de)



# Hilfe für die Jugendhilfe

von Annekatri Klepsch

Anfang April verkündete der Dresdner Sozialbürgermeister, dass die Landeshauptstadt im nächsten Jahr 96 Millionen Euro mehr allein für die Kindertagesbetreuung und die Hilfen zur Erziehung benötige. Zwar ist ein Teil der steigenden Kosten für die Kindertagesbetreuung auf die positive Geburtenentwicklung zurückzuführen, jedoch steht Dresden mit den wachsenden Ausgaben nicht allein da. Es handelt sich dabei um eine bundesweite Entwicklung, die in Sachsen die Kommunen jedoch besonders hart trifft, weil das Land Sachsen seiner Aufgabe nach § 82 SGB VIII, auf den gleichmäßigen Ausbau der Angebote und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe hinzuwirken, nicht nachkommt.

Im November 2013 verabschiedeten deshalb die Landräte der sächsischen Landkreise ein „Kinder- und Jugendpolitisches Positionspapier“, um mit der Staatskanzlei über finanzielle Nachbesserungen bei der Kita-Landespauschale, der Jugendpauschale und die Einführung eines Jugendhilfebudgets in Verhandlungen zu treten. Bei dem Positionspapier werden fachpolitische Fragen zur zukünftigen Ausgestaltung der Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit, der Kindertagesbetreuung und der Hilfen zur Erziehung nur angerissen, denn eigentlich handelt es sich um einen finanzpolitischen Forderungskatalog in Vorbereitung auf den Doppelhaushalt des Landes 2015/16, dem sich die Stadt Dresden



Die Landräte weisen zu Recht auf darauf hin, dass die Kinder- und Jugendhilfe nicht „der Ausfallbürge“ sein dürfe und dass die Schule wieder in die Lage versetzt werden müsse, ihren eigentlichen Auftrag zu erfüllen. Konsequenz ist deshalb ihre Forderung, die an die langjährig vertretene Position der LINKEN im Landtag anknüpft, Schulsozialarbeit an allen Schularten und finanziert durch den Landeshaushalt, auszubauen. Der Flickenteppich in der Förderpolitik, der gegenwärtig mit Programmen wie „Kompetenzentwicklung“ und „Chancengerechte Bildung“ existiert und durch Geld aus dem Europäischen Sozialfond finanziert ist, bringt einen hohen Verwaltungsaufwand und keine mehrjährige Planungs-

Die größten Kostensteigerungen in der Jugendhilfe in Dresden fallen gegenwärtig für die Kindertagesbetreuung an. Dresden ist dabei doppelt und dreifach betroffen, denn neben dem Ausbau der Krippenplätze und den steigenden Kinderzahlen steigen die Betriebskosten, während der Landeszuschuss von 1.875 Euro pro Jahr und Kind seit 2005 konstant ist. Da der Elternbeitrag per Gesetz bei 23 bzw. 30 Prozent der Betriebskosten gesetzlich gedeckelt ist, bleiben die Kostensteigerungen bei der Stadt hängen. Die Landkreise fordern hier eine Erhöhung der Landespauschale, jedoch keine Verbesserung des Betreuungsschlüssels, was einen deutlich höheren finanziellen Aufwand im Millionenbereich nach sich ziehen würde.

Umso wichtiger ist es, dass DIE LINKE im Landtag an der Forderung festhält, da das Ziel guter Bildung und Betreuung im Kindergarten nur mit ausreichend Fachpersonal erreicht werden kann.

Auf Antrag der LINKEN wurden die Forderungen der Landkreise nach mehr Geld für die Kinder- und Jugendhilfe in der März-Sitzung des Landtages diskutiert, jedoch war die Regierung nicht in der Lage oder nicht willens zu verraten, wie sie mit den Forderungen umgeht. Der nächste Doppelhaushalt wird im Herbst 2014 zeigen, wer sich durchsetzen konnte, die CDU-Landräte oder der CDU-Finanzminister.

## Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Schönfeld-Weißig

### Graffiti auf Schönfelder Hochland?

Vermutlich hatte dies der Sprecher der Grünen nicht erwartet, der den Antrag seiner Stadtratsfraktion mit dem ziemlich sperrigen Titel „UrbanArt (StreetArt und Graffiti) in Dresden“ begründet hatte: Am Ende der Debatte ergab sich einstimmige Unterstützung durch den Ortschaftsratsrat Schönfeld-Weißig. Dabei ist „sperrig“ vielleicht auch ein zutreffender Begriff für die Sache selbst und demzufolge auch für den Umgang damit. Wer - vor allem auch welcher Haus- und Grundstückseigentümer - ärgert sich nicht über hässliche Schmierereien, deren Beseitigung auch noch viel Aufwand verlangt? Aber andererseits: Hier lebt eine zeitgenössische Kunstform. Man schätzt, dass 300 bis 500 Akteurinnen und Akteure in Dresden unterwegs sind, darunter über die Stadt hinaus bekannte Künstler. Also - die Grundidee des Antrags - bieten wir doch legale Gestaltungsmöglichkeiten an, damit illegales Handeln zurückgedrängt wird und bessere Voraussetzungen für anspruchsvolle Arbeiten geschaffen werden, die das Stadtbild bereichern und Betrachter anregen!

Das Spektrum der Diskussion war breit gefächert: Gute, großartige Idee! Über Geschmack läßt sich ja bekanntlich streiten. Sollen oder müssen die Werke dann auch noch genehmigt werden? Solche Regulierungsversuche werden wohl nichts bringen. Wollen wir uns



doch mal überlegen, ob es im Hochland geeignete Flächen gibt. Vielleicht sollten wir in unserer Ortschaft Tafeln dafür aufstellen? Am Ende neigte sich die Waage zur Unterstützung des Anliegens. Derzeit gibt es in Dresden - in Neustadt, Prohlis und an der Flutrinne in Kaditz - vier legale Flächen für Sprüher; es sollen mehr werden. Vielleicht werden mit den Vorstellungen junger Leute im Schönfelder Hochland auch bald welche gefunden und sinnvoll genutzt?

Zum wiederholten Male, weil seit 11 Jahren in Arbeit, stand ein Bebau-

ungsplan in Weißig „Am Lindenberg“ zur Debatte. Wobei es diesmal keine Debatte gab, denn der Sprecher des Stadtplanungsamtes berichtete über die Folgen der vierwöchigen Offenlegung des Entwurfs vor einem Jahr. Damals hatte es sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch von Ämtern und Behörden Hinweise gegeben, die eine gründliche Bearbeitung erforderten. Der Geltungsbereich wurde verringert, der Wendehammer an anderer Stelle eingeplant, Konsequenzen aus der Festlegung einer „Waldfläche“ im Flächennutzungsplan gezogen, und die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen im Umweltschutz wurden im Geltungs-

bereich selbst eingearbeitet. Die öffentliche Einsichtnahme und Mitsprache scheint sich also gelohnt zu haben - und auch hier dann ein einstimmiges Ja zur nun notwendigen nächsten Offenlegung des Planes „Am Lindenberg“.

Dann ein Punkt, der auf den ersten Blick als relativ einfacher Verwaltungsakt erscheinen mag - um den aber Dresdner Ortsbeiräte die Ortschaftsräte beneiden: Verwendung von Verfügungsmitteln. Auf Beschluß des Stadtrates ist ja die Angleichung in Arbeit. Am Beispiel der jüngsten Ratssitzung in Schönfeld-Weißig war zu erleben, welche gesellschaftliche und inhaltliche Dimension dieses finanzielle Recht hat. Denn ob und wieviel von dem immer knappen Geld für einen Zweck zur Verfügung gestellt wird, setzt Kenntnis und Bewertung des Zwecks und des Empfängers voraus. Diesmal tauchten dabei wiederholt das Schönfelder Schloß, der Dorfkclub Pappritz und die Feuerwehren auf. Es ging um die Übergabe von sanierungsbedürftigen Gebäuden, um die Idee, mit einzusetzenden Ortschaftsmitteln das Einsammeln weiteren Geldes von Dritten durch den Kunst- und Kulturverein Schönfeld zu befördern und um die Unterstützung für ein Schulungscamp der Hochland-Jugendfeuerwehr.

Peter Rosse



# Bürgerarbeit oder Gute Arbeit

von Katrin Mehlhorn

In der letzten Wahlperiode des Bundestages hatte sich die schwarz-gelbe Koalition auf „Bürgerarbeit“ als arbeitsmarktpolitisches Modell verständigt. Bürgerarbeit hört sich zunächst gut an: nach freiwilligem gesellschaftlichem Engagement, nach selbstorganisierter und sinnstiftender Tätigkeit, nach einer interessanten Aufgabe zum Wohle der Gemeinschaft. Doch in der Realität wurde ein Konzept umgesetzt, welches dem Prinzip „keine staatliche Leistung ohne Gegenleistung“ folgt sowie auf der Annahme basiert, dass Arbeitslosigkeit nicht auf fehlende Arbeitsplätze zurückzuführen ist, sondern dass die Schuld bei den Erwerbslosen liegt, denen unter anderem die Arbeitsmotivation fehlt.

Auch Dresden hat sich an dem von vorn herein auf 3 Jahre begrenzten Projekt beteiligt und derzeit befinden sich noch rund 700 Frauen und Männer in diesen sukzessive auslaufenden Beschäftigungen. Es handelt sich dabei um Tätigkeiten, die auf kommunaler Ebene als „zusätzlich“ eingestuft worden sind und die im öffentlichen Interesse liegen. Spannend wird es aber, wenn man sich die Einsatzbereiche genauer anschaut. Ein Großteil der Teilnehmenden ist unter dem Etikett „Bürgerarbeit“ beispielsweise mit sozialpädagogischen Aufgaben in diversen Kindereinrich-



tungen und Jugendprojekten betraut. Andere übernehmen handwerkliche Tätigkeiten oder Archiv-, Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit. Man könnte bei vielen dieser Einsatzfelder auch zu dem Schluss kommen, dass es eigentlich ganz normale Tätigkeiten sind, die auch entsprechend entlohnt und sozial abgesichert werden müssten. Das ist aber gerade nicht der Fall - und da setzt auch die berechtigte Kritik an. Denn ein vollwertiger sozialversicherungspflichtiger Ar-

beitsplatz liegt in der Bürgerarbeit nicht vor, da keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt werden und die Vergütung mit maximal 900 Euro brutto im Monat bei 30 Wochenarbeitsstunden auch weit entfernt von angemessenen Mindestlohnkonzepten ist. Die Betroffenen erlangen keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, haben keine wirkliche berufliche Perspektive und gehen somit nach dem Auslaufen der Bürgerarbeitsstelle meistens nahtlos wieder zurück

ins Hartz-IV-System. Es fehlt zudem die Freiwilligkeit der Teilnahme - wer Bürgerarbeit verweigert, der wird sanktioniert, bekommt also sein Existenzminimum gekürzt. Zudem besteht die Gefahr, dass reguläre Arbeitsplätze verdrängt oder gar nicht erst eingerichtet werden.

Sicher, viele Teilnehmende an diesem Programm empfinden das als positiv und die finanziell meistens prekär aufgestellten Vereine und Träger, die Arbeitsstellen anbieten, sind dankbar für die Unterstützung, denn so wird auch ein Stück weit ihr Angebot und ihr Fortbestehen gesichert. Wer aber nun die Weiterführung der „Bürgerarbeit“ fordert, der muss auch dafür sorgen, dass sich der Rahmen ändert - weg von einem an Zwang geknüpften arbeitsmarktpolitischen Experiment und hin zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die gute, falls nötig auch öffentlich geförderte, Beschäftigungsverhältnisse schafft. Diese müssen freiwillig sein, im öffentlichen Interesse liegen und dürfen keine regulären Arbeitsplätze verdrängen. Die Entgelte orientieren sich am Tarif; die Untergrenze bildet ein vernünftiger gesetzlicher Mindestlohn.

Freistaat plant Erstaufnahmeunterkunft für Asylsuchende neben Abschiebeknast

## Symbol des staatlichen Handelns?

von Hans-Jürgen Muskulus

Der Freistaat Sachsen will in Dresden an der Ecke Stauffenbergallee/Hammerweg gleich neben der Justizvollzugsanstalt bis zum Jahr 2016 eine Erstaufnahmeunterkunft für ca. 500 Asylsuchende einrichten.

Es ist gut so, dass nun auch in den beiden großen sächsischen Städten Dresden und Leipzig neben Chemnitz zentrale Erstaufnahmeunterkünfte eingerichtet werden sollen. Asylsuchende werden zunächst in einer solchen Unterkunft untergebracht. Sie bleiben in diesen bis zu sechs Wochen, maximal jedoch drei Monate.

Für eine gute Integration ist danach eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen unbedingt erforderlich. Für den Bau und die Unterhaltung der Erstaufnahmeunterkunft ist der Freistaat zuständig. Der Standort neben dem Gefängnis am Hammerweg ist jedoch schlecht ausgewählt und eher ungeeignet. Das Beispiel der Stadt Chemnitz mit der zentralen Aufnahmeunterkunft zeigt das falsche Verständnis der sächsischen Behörden im Umgang mit Flüchtlingen. Sie werden primär als Bedrohung wahrgenommen, nach oft monatelanger Flucht aus Krisengebieten von der Außenwelt abgeschottet und müssen ohne ausreichende Betreuung und ohne klare Perspektive in gefängnisähnlichen Unterkünften auf eine Entscheidung warten. Solche Zustände dürfen in Dresden nicht wiederholt werden.

Die Landeshauptstadt Dresden muss nach einer ersten Prognose der Lan-



desdirektion Sachsen (LDS) in diesem Jahr 911 Asylbewerber aufnehmen. 2013 hatte Dresden 749 Asylbewerber unterzubringen. Damit steht die Stadt vor einer großen Herausforderung, jetzt gilt es ernst zu machen mit der in Sonntagsreden oftmals zitierten Willkommenskultur. Pro Menschenrechte und Contra Vorurteile und Rassismus muss die Losung lauten. Asylsuchende werden deutschlandweit derzeit zur Zielscheibe rassistischer und rechter Hetze. Schon jetzt wird im Zuge der Europawahlen und Kommunalwahlen in

elf Bundesländern Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen und Migrant\*innen betrieben. Parteien von der NPD über Pro Deutschland bis zur Alternative für Deutschland (AfD) instrumentalisieren die gestiegenen Asylantragszahlen für ihre Zwecke und verbreiten rassistische Polemik. Die Rechtsextremen geben sich volksnah und mobilisieren über so genannte „Bürgerinitiativen“ online wie offline. So wird versucht, die allgemeine Stimmung gegen Flüchtlinge zu wenden. Aber auch aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen Argumente wie:

„Unser Asylrecht kann die Probleme der Welt nicht lösen, wir haben genug eigene Probleme.“ Richtig ist: Wir sind mitverantwortlich für die Bedingungen, die Menschen in die Flucht treiben. „Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge.“ Richtig ist: Die Gründe, die Menschen in die Flucht treiben, wiegen schwer. Sie heißen Krieg, Verfolgung, Existenzgefährdung. Die Zahl der Asylsuchenden in Europa steigt. „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen“, heißt es nun. Richtig ist: Davon sind wir Lichtjahre entfernt. Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge kommt nach Europa. „Asylsuchende sind kriminell, gefährlich oder bringen den bisher so schönen und sicheren Stadtteil in Unordnung.“ Richtig ist: Flüchtlinge sind so verschieden wie Menschen eben sind. Neonazis behaupten, durch Zuwanderung gehe die deutsche Kultur zu Grunde. Richtig ist: Die angeblich „deutsche“ Kultur und Bevölkerung spiegelt eine Jahrtausende lange Migrationsgeschichte wider.

Es gibt eine Menge Vorbehalte gegenüber Ausländern allgemein und Asylsuchenden insbesondere. Es gibt weiterhin Argumentationen mit alltäglichem Rassismus. Dagegen wollen wir uns als LINKE wenden, immer und nicht nur im Vorfeld von Wahlen.



## Graswurzelrevolution

# Bedeutung der Kleingärten stärken

von Andreas Naumann

Das Ende März dieses Jahres eine Tagung des Dresdner Kleingartenverbandes zum Thema Stadtentwicklung mit der Stadtverwaltung und Stadtplanern stattfand, geht auf eine Empfehlung des Autors dieses Artikels zurück. Die von den Vertretern der Kleingartenvereine gut besuchte Veranstaltung fand anlässlich der Eröffnung der Frühjahrsmesse im Ostragehege statt, wo der Dresdner Stadtverband eine große Fläche hatte. Auf der Fachtagung wurde der Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung und Kleingartenwesen diskutiert. Mit der Veränderung der Stadt in ihrer Gesamtheit hat sich auch die Bedeutung der Kleingärten verändert. Menschen erleben Stadt nicht mehr so wie vor 100 Jahren; sie haben heute ein anderes Kaufverhalten, ihre Freizeitbedürfnisse und ihre Arbeitswelt hat sich allein in den letzten 50 Jahren völlig verändert. Damit verbunden ist auch ein Wandel der sozialen Beziehungen. Dieser wirkt in alle Lebensbereiche zurück, so auch auf das Verhältnis Stadtentwicklung und Kleingärten. Er äußert sich in der Gesetzgebung, neuen territorialen Begehrlichkeiten, Infrastrukturmaßnahmen bis hin zur Gestaltung des Kleingartens oder der Kleingartensparte. Viele dieser Aspekte wurden auf der Konferenz angesprochen und diskutiert. Bürgermeister Jörn Marx sprach zur Bedeutung der Kleingärten für die Stadt, der Vertreter des Stadtplanungsamtes, Herr



Herrmann erläuterte welchen Einfluss Kleingärten bei der Stadtentwicklung haben. Er ging auch auf die Zukunft der Kleingärten ein, nannte mögliche neue Kleingartenflächen und Planungsmethoden zur integrativen Einbindung in die Gesamtstadtplanung. In der Diskussion wurden verständlicherweise die aktuellen Probleme der Kleingärtner hervorgehoben. Hier steht an erster Stelle der Verlust einiger Kleingartensparten durch

Investoren und Kündigungen. Diese bedrohliche Entwicklung ist gegenwärtig im gesamten Stadtgebiet zu beobachten. Landbesitzer kündigen ihren Pächtern um die Fläche profitbringend zu veräußern. Aber noch gravierender ist Verdrängung durch vermögende, einflussreiche Investoren. Sie arbeiten gut mit den oberen Verwaltungsstellen zusammen und üben politischen Druck aus. Aktuelle Beispiele sind die Umwidmung

der Kleingärten an der Reicker Straße in ein privates Wissenschaftsgebiet mit großen Gebäudekomplexen und die Vernichtung der Kleingärten an der Pfotenhauer Straße für ein Parkhaus, welches mit städtischen Mitteln gebaut wird und später vor allem von einem privaten Wissenschaftsunternehmen genutzt werden soll. Die Internationalen Gärten, die gerade in diesem Bereich eine wichtige soziale und kulturelle Funktion ausüben, weil sie Asylbewerbern und armen ausländischen Menschen die Möglichkeit geben im Sinne der Integration mit der deutschen Gesellschaft in Verbindung zu kommen, sind für die Stadtplaner zu unbedeutend, als das sie eine Berücksichtigung finden würden. Hier steht die Stadtplanung im Widerspruch zu ihren Zielen. Darin bestehen nun unsere konkreten Ansatzpunkte für eine Stadtentwicklung der Zukunft. Sie muß aus unserer Sicht in einem ausgewogenen Verhältnis aller Gruppen der Gesellschaft bestehen und den Bestand sichern. Großbauten zu Lasten von Kleingärtnern wird es mit uns nicht geben. Diese erste Kleingärtner tagung war eine Analyse zum Iststand. In Zukunft werden konkrete Perspektiven des Kleingartenwesens innerhalb der Stadtentwicklung eine Rolle spielen. So wird schrittweise die Bedeutung der rund 50 000 Kleingärten in der Stadt gestärkt und ausgebaut.

# Gravuren des Krieges

von Dr. Margot Gaitzsch

„Gravuren des Krieges“ ist ein Kunstprojekt der Gruppe kunstplan, der Einhard Grotegut, Arend Zwicker und Matthias Neutzner angehören. Seit 2001 markieren sie Erinnerungsorte an Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg im Dresdner Stadtgebiet durch „Mahndepots“. Das sind nummerierte Edelstahlhülsen, die sie in den Boden einlassen. Sie bergen jeweils eine exemplarische Geschichtserzählung, die mit dem markierten Ort verbunden ist. Bislang haben sie 68 Orte markiert – für jedes Jahr seit 1945 einen. Und jedes Jahr wächst dieses Netz des Erinnerens um einen weiteren Ort.

Die Orte und Erzählungen stehen stellvertretend für die komplexe und widersprüchliche Geschichte jener Zeit. So haben sie 2001 beispielsweise den Zielpunkt für den ersten britischen Luftangriff auf Dresden am Abend des 13. Februar 1945 markiert. Gleichzeitig den Güterbahnhof Neustadt, von dem 1942/43 jüdische Menschen aus Dresden und anderen sächsischen Orten nach Riga und Auschwitz deportiert wurden. Sie markierten Rüstungsfabriken, eines der KZ-Außenlager in der Florastraße, die Wehrmachtskommandantur im Taschenbergpalais, den Platz, an dem im Herbst 1944 der Dresdner „Volkssturm“ vereidigt wurde, die Luftkriegsschule in Klotzsche oder das Luftgaukommando in Strehlen. Mit einem Gravuren-Depot machten sie auf dem Altmarkt jene Stelle kenntlich, wo Ende Februar Tausende geborgene Luftkriegstote verbrannt

wurden. Daneben, auch am Altmarkt, erinnert eine weitere Markierung an die „Siegesparade“ der Dresdner 4. Infanterie-Division im August 1940 nach dem deutschen Feldzug gegen Westeuropa und an Hunderttausend jubelnde Dresdner. Sie haben Orte thematisiert, die zeigen, wie systematisch sich die Dresdner Verantwortlichen auf den erwarteten Luftkrieg vorbereiteten – etwa „Auffangstellen“, „Leichensammelplätze“, Sarglager oder vorsorglich angelegte Begräbnisflächen. Und sie erzählen von Menschen, die in diesem Luftkrieg starben. Auch von denen, die die Leichen borgen. Oder von den Dresdnern, die im April 1945 Schützengräben quer durch den großen Garten aushuben, der zur „Festung Dresden“ gehörte. Und schließlich von den sowjetischen Soldaten, die am letzten Tag des Krieges noch um Dresden kämpfen mussten. Ich könnte viele weitere Beispiele nennen. Nehmen sie alle diese Orte zusammen, so entsteht eine vielschichtige Totale: Leid und Verantwortung werden sichtbar, Alltag und Katastrophe, Diktatur und Widerstand. Die künstlerische Form der Markierung ist bewusst auf ein unscheinbares Zeichen reduziert. Die erinnerten Erzählungen erschließen sich nicht im Vorübergehen. Es braucht den gedruckten Stadtführer zum Projekt oder das Verzeichnis im Internet – 2001 starteten wir mit einer Sonderbeilage der Sächsischen Zeitung, die mehrere Zehntausend Dresdner Haushalte erreichte. Die „Mahndepots“ sollen gesucht und erarbeitet werden müssen. Das funktio-



niert bereits gut: Schulklassen nutzen die Orte und Erzählungen für den Unterricht, Stadtführer bieten Führungen dazu an.

Besonders wichtig ist den Initiatoren die öffentliche Diskussion um neue Orte. Sie versuchen, für jeden Ort mit Organisationen in Dresden zu kooperieren – wenn sie beispielsweise an die 16-jährige Dresdnerin Ursula Hei-

drich erinnern, die im Februar 1945 zum Opfer der Euthanasie wurde, dann geschieht dies gemeinsam mit der katholischen Kirchgemeinde, der sie angehörte. „Gravuren des Krieges“ ist also ein kommunikatives, ein soziales Projekt, das sich nicht in der Selbstbezogenheit des Künstlers realisiert, sondern in der Interaktion von Menschen.

## Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Tilo Wirtz, Andreas Naumann, Peter Rosse, Katrin Mehlhorn/Hans-Jürgen Muskulus  
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
Mittwoch, 14.05.2014  
Druck: Lausier Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe:  
6.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser!  
Logistik GmbH - Siblog





Bundeskoordiniertenkongress 2014

# Ein aufregendes Wochenende für Frankfurt!

von Franziska Fehst

Am 28. März zog für ein ganzes Wochenende die Linksjugend [solid] in die Kapitalismushochburg Deutschlands ein. Und ich als Neuling mitten drin. Freitag ging es los, die Anreise für viele Delegierte etwas mühselig, dafür waren wir in der Jugendherberge direkt am Main. Es wirkte ein bisschen wie Landheim gemischt mit Klassentreffen. Viele kennen sich schon ewig; einige wie ich, total neu und gespannt auf das Wochenende. Mit den Regeln einer Jugendherberge konnten einige nicht viel anfangen, dazu aber später. Erst einmal ging es Freitag los mit der Konstituierung und dem ersten Antrag, eingebracht durch den BundessprecherInnenrat: Alkoholverbot im Plenumsaal. Dieser wurde trotz einer interessanten Für-Rede einstimmig abgelehnt. Nach vielen Formalitäten endete dann die Sitzung relativ unspektakulär und nun hieß es: Diskutieren, diskutieren, diskutieren. Beraten, beraten, beraten. Mit anderen Landesverbänden austauschen. Warum, weshalb, wie abstimmen? Einige kritische Anträge waren dabei, wie die Satzungsänderung, dass der Verband auch "antimilitaristisch" sei.

Mehrmals wurde man der Räumlichkeiten verwiesen, obwohl wir selber Schlüssel zum Abschließen hatten, so dass die Delegiertenberatungen in den Fluren stattfanden. Auch von diesen

wurden wir verwiesen. Eine gewisse Landheimstimmung, wobei die Herberge schlimmer als jeder ordnungsfanatische Lehrer war, schwirrte die ganze Zeit in der Luft. Noch bis in die frühen Morgenstunden wurde dann versucht, noch Räume zu finden und Meinungen auszutauschen. Bis spätestens 9 Uhr mussten die Delegierten aber gefrühstückt haben, dann ging es auch weiter!

Ein motivierendes Grußwort von unserer Genossin Katja Kipping und schon ging es in Workshops zur Diskussion einiger Anträge, welche von den Delegierten vorher selber bestimmt wurden.

Dabei muss man sagen, dass es, zumindest am Vormittag, viele Übereinstimmungen zwischen den Delegierten gab. So z.B. dass das „Bleiberecht für alle“ und „Blockupy“ Schwerpunkte für die Arbeit 2014 werden. Am Nachmittag sahen dies die Teilnehmenden ganz anders: Anträge wurden intensivst dis-

kutiert, wie die Stellungnahme zur NSA und der Antrag zur Satzungsänderung wurde bis spät in die Nacht diskutiert, aber nicht angenommen. Unzählige persönliche Stellungnahmen und GO-Anträge inbegriffen. Zudem wurden noch die verschiedenen Ausschüsse und der Bundespolitische Sprecher gewählt. Bei



einem Antrag waren sich jedoch fast alle einig: Finanzielle und strukturelle Unterstützung für die Anti-Naziaktivitäten zum „Tag der deutschen Zukunft“ am 7. Juni in Dresden. Vielen Dank an dieser Stelle an die Delegierten! Nach diesem Tag freuten sich alle auf etwas Entspannung bei einer gemeinsamen Feier. Da aber auch die Zeitumstellung bevorstand, konnten wir leider nicht allzu lange bleiben. Zudem stahl uns die Zeitumstellung eine Stunde. Somit ging es trotzdem genauso lebhaft wie am Abend zuvor mit den Diskussionen weiter. Zudem wurden noch die Delegierten für den Bundestag gewählt. Leider musste der Saal bis 14 Uhr geräumt werden, so dass einige Anträge an die Länderversammlung delegiert wurden. Die Redezeit der Kandidierenden für die gemischte Liste wurde auf nur eine Minute begrenzt, was zu heftiger Kritik führte. Generell gab es einige Kritik an der Organisation: Kein oder kaum veganes Essen, schlechte Tagesleitung und ein fragwürdiger Ablauf der Anträge, kein W-LAN und keine Übertragung im Livestream via Internet. Eine Aussage ist mir jedoch im Gedächtnis geblieben: Der Bundeskongress mit den meisten persönlichen Erklärungen. Diese haben meiner Meinung nach mehr Eindruck hinterlassen als manche Anträge. Fazit: Wenig Schlaf, endlose Diskussionen, tolle Genossen und Genossinnen kennengelernt. Somit: BuKo – immer wieder!



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG  
E-Mail: [info@linksjugend-dresden.de](mailto:info@linksjugend-dresden.de)  
Im Netz: [www.linksjugend-dresden.de](http://www.linksjugend-dresden.de)

Spitzenkandidatin in der Neustadt zur Kommunalwahl

## Jacqueline Muth

Gesellschaft als „Soziale Plastik“ – um mit den berühmten und anschaulichen Worten von Joseph Beuys einzuleiten - entsteht durch die Beteiligung vieler Menschen am gesellschaftlichen Leben. Neben meinem eigenen Wunsch, aktiv und direkt an gesellschaftlichen und politischen Prozessen in Dresden mitzuwirken, ist es mir ein Anliegen, die Partizipation möglichst vieler - wenn nicht gar aller - Stadtbewohner\_innen zu ermöglichen und zu stärken. Es ist ein vielfältiges Potential, das die Gesellschaft belebt, ihr immer wieder zu Erneuerung verhilft und dazu beiträgt, dass eine Stadt auch Krisen überstehen kann. Die Stadt ist ein Raum, den wir gemeinsam gestalten. Den geplanten Bau einer Hafencity am Neustädter Elbufer halte ich aus sozialplanerischen und ökologischen Gründen für einen großen Fehler. Darum engagiere ich mich aktiv in der Bürgerinitiative „Hafencity Stoppen – Elbraum für Alle“. Ich möchte hier dazu beitragen, dass Stadtplanung transparent, zeitgemäß und zum Wohle der Einwohner\_innen Dresdens arbeitet. Wichtig ist mir hier, dass das Gemein-

wohl im Vordergrund steht, nicht der Kommerz. Kunst, Kultur, Partizipation Im Rahmen des gemeinnützigen Freiraum Elbtal e.V. engagiere ich mich seit einigen Jahren auf den Gebieten Kunst, Kultur und Nachhaltigkeit. Zunehmend stehen hier auch gesellschafts-politische Themen im Fokus. Ein aktuelles Projekt an dem ich mitwirke, ist die Ausrichtung des 2.Stadtcamps – eine Konferenz zu Stadtentwicklung und Partizipation in Dresden. Nicht-profit-orientierte Initiativen, Künstler\_innen und Kulturschaffende tragen einen entscheidenden Teil bei zur Kultur- und Bildungslandschaft in Dresden. Hier werden aktuell Potentiale massiv verschlissen und verdrängt, die für das Gemeinwohl Dresdens dringend notwendig sind. Dem möchte ich entgegenwirken. Kreativität macht eine Stadt nicht nur schöner, bunter, lebenswerter. Vielfalt und die Möglichkeit zur Selbstentfaltung bilden eine wichtige Grundlage für ein gesundes, soziales und partizipatives Stadtleben. Um diese Zielsetzungen in Dresden einzubringen und durchzusetzen, werde ich um eure Stimme zur Stadträtin.



- Jahrgang 1981
- 2008 Diplom Freie Kunst an der HfBK Dresden
- ansässig und freischaffend tätig in der Dresdner Neustadt
- aktiv gegen Luxus-Neubauten im Flutgebiet (Hafencity, Marina Garden)
- Künstlerin, Kulturschaffende und „Sprachrohr“ im Freiraum Elbtal e.V.
- aktiv für den Erhalt nicht-profit-orientierter Projekte und Initiativen

## Frauen\*, Kampf\* und Arbeit\*

von Boney M.

Endlich ist es geschafft! Seit Jahren wurde versucht, den 8. März wieder mit politischen Inhalten zu füllen. 2014 gab es nun endlich einen bundesweiten Aufruf, zu finden unter <http://frauenkampftag2014.de/>, welcher das Thema Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung in zeitgemäßer Form auf die Tagesordnung bringt. Es geht eben nicht nur um das Verteilen von Nelken oder darum, dass Männer auch mal Wäsche aufhängen sollen. Das Thema Feminismus ist wesentlich vielfältiger als gemeinhin angenommen. Wie weiterhin damit umgegangen wird und welche Ideen und Perspektiven sich daraus entwickeln wird sich zeigen. Für die Dresdner LINKE hat es sich auf jeden Fall gelohnt, Berlin mal wieder einen Besuch abzustatten. Die Beurteilung, ob der Reisebus nun halbvoll oder doch halbleer war, bleibt wohl den Mitfahrenden überlassen. Immerhin war es eine sehr schöne Demonstration und Glück mit dem Wetter hatten wir auch.





## APRIL

**10 Mitgliederversammlung Ortsverband Plauen**

19 Uhr | Begegnungsstätte der Volkssolidarität  
Nürnberger Straße 46

**14 Fraktionssitzung**

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro  
Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

**15 Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**JUNGE ROSA: Realität Einwanderung – Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung**

mit Freya-Maria Klinger, MdL, Chemnitz, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden e.V.

18 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**16 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Kulturrathaus | Königstraße 15

**Der große Wurf oder der große Stillstand?**

Vortrag und Diskussion mit Dr. Jochen Weichold, eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden e.V.

19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Str. 21

**18 Grillen am Haus der Begegnung**

19 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93  
[www.dielinke-dresden.de](http://www.dielinke-dresden.de)

**21 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 [www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)

**23 Was ist neu an der „neuen Ukraine“: Majdan und seine Auswirkungen**

Vortrag und Diskussion mit Nelia Vakhovska, eine gemeinsame Veranstaltung der RLS Sachsen und des WIR e.V.

19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Str. 21

**Die Kommunen im Schatten von Brüssler Entscheidungen**

Vortrag und Diskussion mit MdB Dr. Diether Dehm, Schatzmeister der EL  
19 Uhr | Haus der Begegnung | Großenhainer Str. 93

**24 Mitgliederversammlung Ortsverband Plauen**

17 Uhr | Begegnungsstätte der Volkssolidarität  
Nürnberger Straße 46

Ständige Termine im Roter Renner, Rudolf-Renner-Str. 49

Montag von 15:00-18:00 Uhr  
Mittwochs: 15:30–17:30 Uhr  
»Offenes Büro«

Nach Vereinbarung  
[uwe-baumgarten@web.de](mailto:uwe-baumgarten@web.de)  
Sprechstunde Ortsbeirat

jeden 1. Donnerstag:  
Stammtisch ab 15:30 Uhr

## MAI

**01 Mai-Picknick mit MdB Katja Kipping**

ab 11 Uhr im Alaunpark | Dresden-Neustadt

**DIE LINKE auf dem Schloßplatz**

ab 11 Uhr zur DGB-Kundgebung

**»Eine Milliarde für Süderlenau«**

Ein Roman zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens  
mit der Autorin Astrid Wenke, Moderation: Katja Kipping, Vorsitzende DIE LINKE  
16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**05 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 [www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)

**08 Beratung des Ortsvorstands Plauen**

18 Uhr | Cafe Be-liebig | Liebigstraße

**13 BürgerInnensprechstunde mit MdB Katja Kipping**

Um Anmeldung unter 0351-5006165 wird gebeten.

15 - 17 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

HARTZ IV-Beratung im HdB

Jeden Mittwoch  
14 bis 17 Uhr  
im Haus der Begegnung  
Großenhainer Str. 93  
Tel.: 0351-8583801

**Wir trauern um unseren Genossen Heinz Vogt**

Er verstarb am 13.01.2014  
im 81. Lebensjahr.

Wir ehren sein Andenken.

Genossinnen und Genossen  
des Ortsverbandes Altstadt

**19 Bürgersprechstunde der Ortsbeiträtinnen Blasewitz u. Beratung des OV Blasewitz mit OBR und BO-Vorsitzenden**

18 Uhr | Treff „Marie“ | Breitenauer Str. 17

**20 Öffentliche Sitzung des Ältestenrats der LINKEN. Dresden**

09:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**13 Fraktionssitzung**

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro  
Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

**15 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Kulturrathaus | Königstraße 15

**27 Öffentliche Stadtvorstandssitzung**

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr  
im Haus der Begegnung - Empore

Ständige Termine in der WIR AG,  
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [?solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Wir trauern um unsere  
Genossin

**Hanna Berges**

Sie verstarb am 24.03. 2014  
Wir werden ihr stets ein ehrendes  
Gedenken bewahren.

Genossinnen und Genossen der  
BO Striesen-West

Wir trauern um unsere engagierte  
Genossin

**Gerlinde Otte**

\*07.10.1927 +12.03.2014

Wir werden ihr ein ehrendes  
Andenken bewahren.

Die Genossinnen und Genossen des  
Ortsverbandes Dresden-Prohlis

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied  
von unserem Genossen

**Prof. Dr. Martin Ruhnow**

01.11.1930 21.03.2014

Wir werden sein Andenken bewahren.

Genossinnen und Genossen des Ortsver-  
bandes Altstadt  
Stadtvorstand DIE LINKE. Dresden  
Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat

**Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen**

Johannes Albert, Prohlis  
Christoph Andrä, Nord  
Christine Angermann, Prohlis  
Inge Becker, Altstadt  
Gerlinde Boden, Altstadt  
Julia Bonk, Neustadt  
Johanna Briesen, Prohlis  
Irmgard Brunner, Altstadt  
Lothar Böhme, Neustadt  
Sven Creutziger, Altstadt  
Margarethe Dau, Blasewitz  
Falk Dittberner, Pieschen  
Dieter Drache, Altstadt  
Renate Drache, Altstadt  
Karl Drescher, Blasewitz  
Werner Egert, West  
Elke Eichler, Nord  
Cornelia Eichner, West  
Hans-Joachim Eitze  
Joachim Fischbach, Blasewitz  
Ursula Freudenberg, Plauen  
Annelies Frey, Plauen  
Klaus Förster, Pieschen  
Sylvia Gebauer, Nord  
Walter Germann, Blasewitz  
Annegret Gieland, Neustadt  
Lucie Haase, Neustadt  
Heinzjürgen Hagenmüller, Neustadt  
Nils Haunschild, Altstadt  
Dirk Haupt, Altstadt  
Karin Haupt, Neustadt  
Birgit Hellfeld  
Uwe Falk Hensel, Blasewitz

Harri Hessel, Altstadt  
Rita Hoja, Prohlis  
Monika Hollasky, Neustadt  
Hannelore Holz, Altstadt  
Martin Häuer, Pieschen  
Max Hörold, Neustadt  
Peter Jaensch, Blasewitz  
Elisabeth Jahns, Blasewitz  
Elke Jänicke, Pieschen  
Hellmut Kaiser, Pieschen  
Walter Kammel, Altstadt  
Jan-Robert Karas, Pieschen  
Wolfgang Klier, West  
Heinz-Dieter Knebel, Altstadt  
Gudrun Krebs, Neustadt  
Wolfgang Kröber, Altstadt  
Annemarie Krüger, Prohlis  
Werner Kullmann, Blasewitz  
Peter Kätzel, Nord  
Ronny Künanz, Neustadt  
Stephan Letsch, West  
Bernd Lichtenberger, Nord  
Frank Christian Ludwig, Prohlis  
Marga Lässig, Altstadt  
Wolfram Löschigk, Prohlis  
Prof. Dr.sc. Günter Machold, Altstadt  
Hans Mehlhorn  
Annelies Menzel, Blasewitz  
Ursula Mierswa-Dienel, Altstadt  
Günther Mittmann, West  
Monika Muchamedjarowa  
Matthias Mulke, West  
Stefan Möbius, Plauen

Katrin Mühle, Pieschen  
René Mütze, Plauen  
Dr.-Ing. Rolf Oehler, Neustadt  
Horst Pfab, Neustadt  
Andrea Pohl, Nord  
Dr. oec. Helga Polenz, Blasewitz  
Siegfried Quint, Neustadt  
Karin Reuter, Prohlis  
Ulrike Richter, Leuben  
Alexandra Riedel, Blasewitz  
Dr. sc. nat. Karl Schaarschmidt, Blasewitz  
OMR Prof.Dr. Dieter Scheuch, Loschwitz  
Erika Schindler, Neustadt  
Prof. Dr. Jürgen Schmelzer, Nord  
Wilhelm Scholz, Blasewitz  
Helga Schroeder, West  
Waltraut Schubert, Blasewitz  
Rainer Schütz, Blasewitz  
Rolf Seipt, Leuben  
Eduard Selonny, Blasewitz  
Erika Seydewitz, Neustadt  
Roland Spohn, Altstadt  
Dr. Peter Streit, Altstadt  
Jutta Stupis, Altstadt  
Ursula Teuber, Altstadt  
Peter Thalheim  
Kerstin Wagner, Blasewitz  
Olaf Wenzel, Blasewitz  
Kay Werner  
Sarah Wiedermann, Pieschen  
René Winkler, Blasewitz  
Siegfried Winkler, West  
Hans-Dieter Wittenberg, Altstadt



## Was ist neu an der „neuen Ukraine“ Majdan und seine Auswirkungen

Die Ereignisse der letzten Monate haben das gesellschaftliche und politische Leben der Ukraine stark verändert. Die Euromaidan-Bewegung hat auch die internationale Politik beeinflusst. Unreflektiert bleiben nach wie vor die tragischen Konfrontationen, die zu über 100 Todesopfern und 1.500 Verletzten führten. Zudem sieht sich das Land mit einer neuen Herausforderung konfrontiert – dem massiven Konflikt mit Russland.

Es gibt viele Fragen und nur wenige Antworten und das trotz umfangreicher Berichterstattung in den deutschen Medien, an deren Ausgewogenheit jedoch viele zweifeln.

Gemeinsam mit der RLS-Projekt Koordinatorin in der Ukraine Nelia Vakhovska wollen wir versuchen Antworten, auf Fragen zu finden wie: Wie sind die verschiedenen Strömungen des Maidans einzuschätzen, welche politischen Ziele verfolgen sie? Wie ist die aktuelle politische Situation in der Ukraine einzuschätzen? Wie kam es zu dem Referendum auf der Krim pro Russland und wie stehen die Ukrainerinnen und Ukrainer dazu? Welche Auswirkungen wird die Abtrennung der Krim von der Ukraine auf diese haben? Welche Rolle spielt Russland während des ganzen Prozesses? Wie kann eine Zukunft für die Ukraine aussehen?



Mit Nelia Vakhovska, RLS-Projekt Koordinatorin in der Ukraine, Kiew;  
Moderation: Boris Krumnow, RLS Sachsen / Netzwerk AGRU

23. April | 19.00 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

## Paradies klingt wie Orient, nur fremdsprachlich

von Cornelia Eichner

Am 08. April 2014 findet wieder um 17 Uhr die Schreibwerkstatt im Gorbitzer Quartiersmanagement, Leutewitzer Ring, statt.

Das aktuelle Thema lautet „Paradies klingt wie Orient, nur fremdsprachlich“.

Die meisten Menschen haben schon den Geruch von Zimt in der Nase, wenn sie nur an die Worte „Orient“ oder „orientalisch“ denken. Auch Morgenland oder Anatolien nennt man diese ehemalige römische Weltgegend. Viele assoziieren spontan politische Krisenherde damit, andere verorten das Paradies selbst im Orient. Viele denken an die Geschichten aus tausend und einer Nacht, den Zauber der Sheherazade oder an verführerische Bauchtänzerinnen. (Gibt es eigentlich auch männliche Bauchtänzer?)

Ist der Sündenfall auch im orientalischen Ambiente denkbar? Was wäre der kleine Muck ohne Feigen? Ist die

Situation mit den Feigen auch in einer eher europäischen Geschichte denkbar? Liest man im Orient auch andere Texte als jene aus tausend und einer Nacht? Was bedeutet uns das Paradies heute?

Die Zugangswege zu diesem Sujet sind vielfältig. In der Werkstatt wird an eigenen Texten, Lyrik oder Prosa, gearbeitet, die sich auf das oben genannte Thema beziehen können, aber nicht müssen.

Modert wird die Veranstaltung wieder von der Erziehungswissenschaftlerin und Schriftstellerin Cornelia Eichner sowie durch den Dresdner Autor Cosmo von der Beerenburg. Neulinge sind ausdrücklich erwünscht.

Nun hoffen wir ganz stark, dass uns das Quartiersmanagement als Veranstaltungsort weiterhin erhalten bleibt.

## Gemeinsamer Stammtisch Pieschen und Neustadt

von Kristin Hofmann und Maurice Devantier



Am 29. April wird es zum ersten Mal einen gemeinsamen Stammtisch geben des Ortsverbandes Pieschen und des Ortsverbandes Neustadt. Die Stammtische diskutieren bisher getrennt über die Stadtteilentwicklung, die Vorbereitung des Ortsbeirates und generell linke Politik.

Aber da Grenzen überwunden werden sollen, gibt es an dem besagten Dienstag im Zeitgeist (Großenhainer Straße / Zeithainer Straße) ab 19.00 Uhr ein gemeinsames Treffen, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Wir freuen uns auf Euch!

### Gemeinsamer Stammtisch

29. April | 19.00 Uhr  
Haus der Begegnung  
Großenhainer Str. 93

## Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Durch die letzte Sammlung vom 06.03.2014 konnten 12 Fahrräder, eine Nähmaschine, Computer und Zubehör, ein Keyboard mit Noten, eine Schreibmaschine, 19 Kartons mit Bett- und Haushaltswäsche, Schreibmaterialien, und Handwerkszeug verschickt werden. Außerdem wurden insgesamt 895 Euro gespendet, die durch die großzügigen Spenden von Genossin Gertraude Seidel und Genossen Alfred Müller und mehreren kleineren Spenden zusammenkam. Über die Verwendung der Spenden werde ich nach unserer Beratung im Mai berichten.

Das Blumengeld vom Ableben unseres Genossen Manfred Loll wurde wunschgemäß als Solidaritätsspende auf das Konto von „Milch für Kubas Kinder“ überwiesen. Ich kann Euch eine freudige Nachricht übermitteln. Die Leitung des Projekt es Mayabeque berichtete: „Dank des kontinuierlichen Bulldozereinsatzes in den vergangenen zwei Jahren wurden rund 65 % der Marabú- befallenen Granja-Flächen gesäubert und v. a. für den

Futteranbau genutzt. Durch diese verbesserte Futtergrundlage habe sich die Milchproduktion von rund 2,5 Litern je Kuh auf nun 4,5 Liter erhöht. Außerdem hätten von den 140 Mitarbeitern im Betrieb bereits 70 ein Fahrrad aus den Solicontainern erhalten, was eine erhebliche Motivationssteigerung sei.“ Diese Fahrradspenden stammen aus Dresden in guter Zusammenarbeit mit A u L. ACPA (Kuba) wies darauf hin, dass es bei der Sammlung von Arbeitsbekleidung um Blaumänner, Overalls, Arbeitsjacken sowie Kittel geht und verstärkt A- Schuhe, Helme, Arbeitshandschuhe, Gummistiefel und Handwerkszeug benötigt werden (keine Jeans)! Bitte informiert uns, wenn Ihr Kenntnis über die Schließung von Arztpraxen, Handwerksbetrieben, auch Fleischerreien, Schmieden, Bäckereien erhaltet!

Informationen:  
Die Blockadepolitik gegenüber Kuba ist gescheitert. Spanien vollzog auf Grund der Krise eine Wende um 180 Grad und will besonders die kubanischen Sonderkonzessionen in der

Spendenkonto:  
Cuba Si Dresden (SV DIE LINKE)  
Kontonr.: 3120183074  
BLZ: 850 503 00  
Ostsächsische Sparkasse Dresden

Sonderwirtschaftszone „Miriel“ nutzen. Kubas Außenminister bereitet in Paris ein Abkommen mit Frankreich vor, 15 weitere EU- Staaten haben bilaterale Abkommen für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur abgeschlossen. Die Bundesregierung mit ihrem Außenminister Steinmeier führt den neoliberalen Kurs gegenüber Havanna leider fort. Die USA versucht durch ihre Kontakte zur Opposition in Venezuela Gewalt und Unruhe zu provozieren. Venezuela bat daraufhin die UNASUR (Staaten-gemeinschaft Südamerikas) um Unterstützung und Schlichtung mit der Opposition, was durch 12 Ministerpräsidenten erfolgte. Das venezulanische Militär deckte einen versuchten Militärputsch zweier Fliegergenerale auf.

Achtung! Die AG Cuba Si wird anlässlich des 1. Mai ihren Solidaritätsstand wieder auf dem Schloßplatz neben dem DIE LINKE-Pavillon haben!

Saludos solidarios!

### Redaktionsschluss 2014

08.01.2014, 03.02.2014  
05.03.2014, 02.04.2014  
14.05.2014, 04.06.2014  
09.07.2014, 10.09.2014  
01.10.2014, 05.11.2014  
10.12.2014

Impressum  
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
www.dielinke-dresden.de  
E-Mail: Linksblatt@web.de  
V.i.S.d.P. Annetrin Klepsch, Tilo Kießling  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Annetrin Klepsch, Tilo Kießling, Ursula Zierz, Jan-Robert Karas, Franziska Fehst, Boney M., Kristin Hofmann, Dr. Margot Gaitzsch, Martin Hilbig, Cornelia Eichner, Maurice Devantier, Uwe Schaarschmidt, Max Kretzschmar  
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar, Uwe Schaarschmidt  
Druck: Verlag Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare  
Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



# „Highway to günstig“ - Dort wohnen, wo das Auto parkt

Petra lebt anders. Sie wohnt seit einem halben Jahr in einem ausgebauten Mercedes-Bus namens Matilda. Kristin Hofmann sprach mit ihr um herauszufinden, was das Besondere an dieser Art zu wohnen ist und warum sie es tut.

*Liebe Petra, schön, dass du herfahren konntest. In Dresden wird seit vielen Monaten das Thema Wohnen heiß diskutiert – Mieterhöhungen, künstliche Verknappung von Wohnraum und gestiegene Nebenkosten können Dir aber eigentlich egal sein, du regist dich dann wohl eher über gestiegene Benzinpreise auf, oder?*

Petra: Nein, natürlich regen mich die Zustände in Dresden in Sachen Wohnraum tierisch auf, auch wenn ich davon selbst gerade nur am Rande betroffen bin. Aber wenn ich sehe, was da z.B. gerade im Freiraum Elbtal auf der Leipziger Straße abgeht, da wird mir gleich ganz anders. Gerade in einer Stadt wie Dresden, in der kaum noch Freiraum zur alternativen, selbstverwalteten Nutzung zur Verfügung steht, finde ich es einfach nur beschissen, wie vehement dort gegen jahrelang gewachsene alternative Projekte, die für einige Menschen die Lebensgrundlage darstellen, vorgegangen wird!

*Hand aufs Herz, der Winter ist vorbei. Ein Zuckerschlecken war es in Deiner mobilen Behausung nicht, trotz des milden Wetters in dieser Saison, oder?*

Petra: Tatsächlich habe ich nur ein paar Nächte ein wenig gefroren. Da stand ich in Potsdam auf der Berliner Straße bei minus 14 Grad und ausgefallener Gasheizung, die ich allerdings auch recht schnell wieder reparieren konnte. Die vielen, vielen Decken, Kerzen und mein Schlafsack haben mich dann doch recht gemütlich durch die wenigen kalten Nächte gebracht.



*Beengt wohnst Du schon ein bisschen, andererseits findest Du überall Platz, wo andere von Wohnungsknappheit sprechen und Dresden langsam aus allen Nähten platzt. Ist das Freiheit für Dich - selbstverantwortet, Deinen Platz suchen zu können?*

Petra: Die Mobilität ist natürlich schon einer der größten Vorzüge, die ich mir so vorstellen kann. Zumindest in meinem derzeitigen Lebensstadium. Ich finde es auch unglaublich beruhigend, meinen Kram mit mir rumfahren zu können. Egal wo ich bin, ich hab das Buch, welches ich verleihen will, oder die Lieblings-CD immer dabei. Die weiteren Vorteile sind, dass ich ständig neue Menschen kennenlernen. Wenn ich irgendwo länger als 3-4 Tage stehen möchte, dann suche ich mir einen Wa-

genplatz, auf dem ich dann z.B. auch Strom und Internet nutzen kann. Auch ein Wasserklo und eine Dusche gewinnen an Bedeutung, wenn man so wohnt wie ich [lacht]. Und ja, wenn es mir irgendwo nicht mehr gefällt, oder ich einfach Lust hab, woanders hinzufahren, dann mach ich das eben. Das fetzt!

*Dann bis du ja irgendwie immer auf Achse. Empfindest Du konventionelles Wohnen mit allem Zubehör eher als eine Art Fußfessel, ist Dir an dieser Art des Wohnens die Mobilität wichtig?*

Petra: Als Fußfessel würde ich sie nur bezeichnen, wenn der finanzielle Aufwand mich in meiner persönlichen Freiheit einschränkt. –also ich z.B. mehr als 20 Stunden/Woche arbeiten müsste, um mir eine Wohnung leisten zu können.

Derzeit kann ich mir z.B. neben meinem Auto einfach keine Wohnung leisten, da ich ALG I beziehe und vorher auch nur so viel gearbeitet habe, dass es gerade so reicht. Und 60% (so hoch ist der ALG I-Satz) von „gerade so reichen“ ist eben 40% zu wenig. Dazu kommen die Reparatur- und Dieselskosten, die bei einer 35 Jahre alten Karre nun mal anfallen und schwubs ist das Konto leer, vor dem Ende des Monats.

*Letzte Frage: Was bedeutet Luxus für Dich?*

Petra: Luxus bedeutet für mich, meinen Lebensunterhalt mit maximal 10h in der Woche (je weniger, desto besser) zu erarbeiten, und selbstverständlicherweise Zeit für soziale Kontakte, Projekte, Kreativität, politisches Engagement und „freie“ Selbstentfaltung zu haben und mir diese Zeit nie erkämpfen zu müssen. Kurz geantwortet: Luxus ist es, Zeit zu haben.

*Das Interview führte Kristin Hofmann.*

## Die Hürden der Demokratie

von Jan-Robert Karas

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Die Drei-Prozent-Sperrklausel bei der Europawahl im kommenden Mai ist verfassungswidrig. Sie verstößt unter anderem gegen die Chancengleichheit der Parteien. Das BVerfG erachtet für die Arbeit des Europäischen Parlaments Sperrklauseln als nicht notwendig. Mit Berufung auf das Kippen der Fünf-Prozent-Hürde bei Europawahlen hatten 19 kleinere Parteien gegen die Sperrklausel geklagt. Mit Erfolg.

Es war eine knappe Entscheidung. Das Parlament sei zwar auf dem Weg, sich als institutioneller Gegenspieler der EU-Kommission zu profilieren. Diese Entwicklung könne aber noch nicht mit der Situation im Bundestag verglichen werden, wo die Bildung einer stabilen Mehrheit für die Wahl einer handlungsfähigen Regierung und deren fortlaufende Unterstützung nötig ist. Es gibt in Wahrheit nämlich keine triftigen, sachlichen Gründe für eine Sperrklausel bei Europawahlen. Im Europäischen Parlament sind schon jetzt über 160 Parteien vertreten.

Vor dem Hintergrund der Wahlrechtsgleichheit und der Gleichheit der Grundrechte für alle Menschen, ist das Urteil zu begrüßen. Allerdings sollte dieses Ur-



teil dann auch konkrete Auswirkungen für die Stärkung der Wahlrechtsgleichheit der nationalen Parlamente haben. Dem gegenüber aber steht vor allem Kritik aus den Reihen von CDU und CSU und scheint so derzeit nicht erreichbar. Horst Seehofer plädiert sogar dafür, die Sperrklausel für die Bundestagswahl im Grundgesetz zu verankern und diese so einer gerichtlichen Überprüfung nicht mehr zugänglich zu machen. Durch solche die Sperrklauseln werden Stimmen und Mandate kleinerer Parteien, auf die in den Parlamenten vertretenen Parteien umgelenkt. Diese haben daher auch ein machtpolitisches Eigeninteresse an der

Beibehaltung von Sperrklauseln. Millionen Menschen aber, wird durch die Sperrklauseln das Stimmrecht genommen. Dieser Eingriff, in ein fundamentales Grundrecht in einer repräsentativen Demokratie, lässt sich jedoch nur dann rechtfertigen, wenn dies zwingend erforderlich ist, um die Funktionsfähigkeit der Parlamente zu erhalten. Allerdings entscheidet derzeit der Bundestag selbst über Sperrklauseln, genau wie über Diäten und Parteienfinanzierung in eigener Sache und ist deshalb befangen. Eine Wahlrechtsreform ist unter der jetzigen Regierung und den Mehrheitsverhältnissen im Parlament nicht denkbar.

Gerade das Urteil des BVerfG sollte für alle Demokraten der Aufruf sein, auch die Wahlrechtsgleichheit und Grundrechtsgleichheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu stärken. Denn in Europa gibt es mit Deutschland nur 13 Staaten, in denen es keine Sperrklauseln gibt. In den restlichen Staaten schwankt sie zwischen 3 und 6 Prozent.

DIE LINKE fordert, die Debatte über ein gemeinsames Europawahlrecht wieder aufzunehmen.